© LessIhumer/Reischl



Mario Keszner

Geboren 1976 in Wien, aufgewachsen im oberösterreichischen Zentralraum. Studium der Handelswissenschaften in Linz und Straßburg. Nach dem Studium und bis heute tätig in einem Unternehmen der Finanzbranche. Daneben Studium der Kunstwissenschaft und Philosophie an der Katholisch-Theologischen Universität Linz. Erste schriftstellerische Aktivitäten. Ab 2009 Veröffentlichung von Texten in Literaturzeitschriften und Anthologien im In- und Ausland. Essay "Good Business is the best Art. Kunst zwischen Markt und Ranglisten" in: "Was spricht das Bild? Gegenwartskunst und Wissenschaft im Dialog", Transcript-Verlag, Bielefeld 2011.

Einzelveröffentlichung: "Baum singen. Erzählungen und Short Stories", Edition Mokka, Wien 2012.

Seit vielen Jahren Mitglied und seit 2005 im Vorstand der österreichisch-französischen Gesellschaft Linz. Lebt und arbeitet in Linz.

Kontakt

Mario Keszner diego.alonso2000@yahoo.de

Mario Keszner

Eine flexible Generation von Wirtschaftssubjekten

Replik zu Günter Millys Essay "Wenn das Unmögliche gewagt wird"

Als ein 1976 Geborener reicht mein politisches Bewusstsein zurück in das Wendejahr 1989. Der Fall der Berliner Mauer war das prägende Symbol- und Fernsehbild "meiner" Generation, also der in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre Geborenen. Und ich muss zugestehen: mit leichtem Neid schiele ich auf die Generation der in den Sechzigerjahren Geborenen. Warum? Weil die (Alltags-)Welt zugegeben etwas vereinfachend dargestellt – überschaubarer und in weniger Teilsysteme mit ihren je eigenen Spielregeln zersplittert war. Eine grundlegende gesellschaftliche Verständigung über das Wohin, auch eine Opposition zu den herrschenden politischen Verhältnissen, schien noch möglich zu sein (Nicht umsonst gründen sich gerade in den Achtzigerjahren in Österreich und europaweit Grünparteien). Weltpolitisch gab es zwei Machtblöcke mit klaren ideologischen Ansagen (Freiheitlicher Mensch vs. Kollektivistischer Mensch). Und in den Lebensläufen der Menschen (in Österreich wie in anderen Ländern "Westeuropas") schien in privater wie beruflicher Hinsicht vieles auf (langfristige) Planbarkeit, Beständigkeit und Stetigkeit ausgelegt zu sein. Veränderungen passierten in großen Zyklen. Die von Günter Milly erwähnte (europäische) Friedensbewegung der frühen Achtzigerjahre war so wohl nur aus der bipolaren Aufteilung der Macht- und Einflusssphären (mit ihren scheinbar unverrückbaren Schlagbäumen und Grenzen) heraus möglich und denkbar. Diese Friedensbewegung, die ich selbst nur noch aus den Geschichtsbüchern kenne, war ein Ausdruck dieser Überschaubarkeit.

Aber mit welchen Gewissheiten oder "politischen Erzählungen" wuchs nun meine Generation in die Pubertät hinein? Auf eigentümliche Weise scheint Politik in unserer Generation jedenfalls keine herausragende Rolle gespielt zu haben (was interessanterweise auch im aktuellen Roman "Das fünfunddreißigste Jahr" von Peter Truschner und im aktuellen Werk "Nägel mit Köpfen" des österrei-

Der Fall der Berliner Mauer ist das prägende politische Symbol für die in der zweiten Hälfte der 1970er Geborenen.

Die frühen 1990er-Jahre waren in Europa geprägt vom Globalisierungsschub der westlichen Gesellschaften und Ökonomien, von der Demokratisierung Osteuropas und den Kriegen am Balkan. chischen Filmemachers Marko Doringer zum Ausdruck kommt: Die Protagonisten sind Mittdreißiger und ausschließlich mit sich selbst und den eigenen Ängsten und Entscheidungsneurosen beschäftigt).

Wir wuchsen heran mit der Gewissheit des Fortschritts, des ungebremsten Wachstums, stetiger Produktivitätssteigerungen, modellhafter Karrierepläne, wachsender ökonomischer Freiheiten und Entscheidungsoptionen und den ästhetischen und popkulturellen Segnungen einer uns "unterhaltenden Industrie" – subsummiert unter einem Schlagwort, das bis heute (und bis zum entnervten Abwinken) jede politische/gesellschaftliche/ökonomische Diskussion prägt: Globalisierung. Das politische Friedensprojekt der Europäischen Union? War schon Anfang der Neunzigerjahre weniger wichtig als das Versprechen der vier Grundfreiheiten des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Welchen "Verkehr" an unterschiedlichen politischen Ideen und Utopien sollte es für uns schon geben, nachdem parlamentarische Demokratie, Kapitalismus und freie Marktwirtschaft die nach der "Wende" einzig überlebenden Grundfesten der europäischen Staatenordnung waren und wir mit der von Politikern vertretenen Überzeugung heranwuchsen, dass diese nun endgültig und alternativlos seien?

Nach den ersten Jubeljahren der endlich erlangten demokratischen Verhältnisse in den ehemaligen Ländern des "Ostblocks" (dieser Begriff scheint bis heute nicht aus dem kollektiven Gedächtnis/ Sprachgebrauch der Bevölkerung verschwunden zu sein) siedelten sie sich schon in großer Zahl in Wien an: die (Verwaltungs-)Zentralen der europäischen und Überseekonzerne, die in der rasch als CEE (Central Eastern Europe) titulierten Region vor allem neue Absatzmärkte und niedrige Lohnstückkosten sahen. Österreich, der neue wirtschaftliche Brückenkopf in den Osten. Der Südosten verweigerte ja noch auf Jahre hinaus das viel beschworene europäische Friedensprojekt. Wenn in jenen Jahren vor der EU-Volksabstimmung vom jahrzehntelangen Frieden in Europa die Rede war, schien man den Kriegs- und Völkermordschauplatz Balkan geflissentlich zu vergessen.

Die durch die demokratischen/parlamentarischen Prozesse der neuen Mitglieder der "freien Welt" garantierte Wettbewerbs-, Rechts- und Privateigentumssicherheit bildete dafür die neue sozioökonomische Basis (und nicht mehr die "Produktionsverhältnisse" und der "Stand der Produktivkräfte" wie noch im Historischen Materialismus/Kommunismus). Es war eine Rückführung/Heimholung dieser Länder (und letztlich ganz Europas) in den von Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises und anderen liberalen Wortführern viele Jahrzehnte zuvor erträumten wirtschaftsliberalen/utilitaristischen "natürlichen Zustand". Folgender Grundsatz des ökonomischen Neoliberalismus wurde ab nun wirkmächtig: was dem Einzelnen Nutzen bringt, maximiert in Summe den Gesamtnutzen einer Volkswirtschaft. Freiheit, verstanden als Loslösung von staatlicher Bevormundung. Freiheit, verstanden als quantitative Nutzenmaximierung. Freiheit, verstanden als rein hedonistisches Wertprinzip samt seinen verlockenden Glücksversprechen. Bereits in den Achtzigerjahren gelangten diese Vorstellungen in den Reagonomics und dem Thatcherismus zu ihrer ersten erfolgreichen Reife. Nun war ganz Europa bereit dafür. Aus diesem solcherart verstandenen freiheitlichen Menschenbild folgte eine bis heute andauernde Pluralisierung und Vereinzelung von Lebensstilen und Lebensentwürfen. Mit der Folge einer bis heute andauernden, schleichenden gesellschaftlichen Entsolidarisierung. Doch genau das, nämlich die Solidarität, die auf Mitgefühl und Verantwortung füreinander aufbaut, nennt Jürgen Habermas "die eigentlich gefährdete Ressource" unserer Zeit. Zurecht stellte er fest, dass das politische System heute nur mehr eines von vielen funktionalen Teilsystemen ist (was sagt das für den Kampfspruch der Sechziger/Siebzigerjahre, nach dem alles Private politisch sei? In Analogie müsste es heute heißen: alles Private ist ökonomisch). Zwischen den Spezialkommunikationen (Fachsprachen) dieser Teilsysteme und der allgemeingesellschaftlichen Kommunikation besteht demnach ein theoretischer Widerspruch, der nur schwer auflösbar scheint. Es wird immer schwieriger, von einer Welt zu sprechen, auf die sich alle Teilsysteme der Gesellschaft einigen und verständigen können. Ethisches Handeln muss so zu einer reinen Privatsache werden, nicht verhandelbar und nur noch quantitativ bewertbar. Von einem gesamtgesellschaftlichen verbindlichen Sollen, von qualitativen Maßstäben kann da keine Rede mehr sein. Ethische Wertedebatten müssen demnach (auf niedrigem Niveau) scheitern. Auf was wollen wir uns verständigen, wo wollen wir Sinnstiftung/verbindliche Orientierung finden, wenn die Imperative unseres Sollens nicht mehr kategorisch, sondern bestenfalls hypothetisch bleiben?

In den Neunzigerjahren rief im ganzen Kontinent eine neue (Zukunfts-)Branche nach geradezu hysterischen Wachstumspotentialen: die IT- bzw. Telekommunikations- und KommunikationsindusDer Neoliberalismus wirkt auf die Veränderung des Begriffs der individuellen Freiheit und löst einen gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozess aus.

trie. Es entstanden neue postindustrielle Geschäftsmodelle. Die Kreativindustrie erlebte ihre Geburtsstunde, die nur geringfügig zeitverzögert auch jene der heutigen Prekariatsexistenzen war. Technologiebörsen wurden gegründet. Risikokapital in Milliardenhöhe floss in zunehmend deregulierte Märkte. Die solcherart hipp und reich gewordenen Nouveau Riches bevölkerten Tageszeitungen, Fernsehen, Boulevardblätter und Internetforen gleichermaßen. Nicht wenige von uns nahmen sich diese Gatsbys der New Economy als Vorbild. Und sei es nur, dass in dieser goldenen Wertpapierära Erspartes auf einzelne Aktienpferde gesetzt wurde, mit teils tatsächlich erstaunlichen Gewinnen. Mit den Heilsversprechen dieser globalen Wachstumsphantasien mitsamt ihren Ländergrenzen lächelnd ignorierenden Karriereverläufen und mit einer immer dreisteren und perfekteren Kommerzialisierung unseres Alltags wuchsen wir also auf. Wer wollte da mitten in diesem Wachstumsund Technologieschub schon den Spaßverderber spielen und Stopp! rufen? Und wer sollte überhaupt auf einen solchen Kassandraruf hören? Die Neunzigerjahre waren ein Jahrzehnt des grenzenlosen Anything goes – zumindest bis zum jähen Erwachen zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Dotcom-Blase), als sich herausstellte, dass diese Phantasien/Träume oft wenig mehr als Spekulation waren.

Politik und Gesellschaft werden den ökonomischen Sachzwängen völlig untergeordnet. Der Staat soll wie ein Konzern geführt werden. Utopien? Realpolitik? Woher denn! Realpolitik wich in dieser Zeit zunehmend ökonomischen Sachzwängen. Politische Propagandisten hatten in den Jahrzehnten davor wenigstens noch die Vermittlung von Inhalten zum Ziel. Den nun auch in Europa Einzug haltenden Spindoctors ging es nur noch um die äußere Darstellung, um die verkaufswirksame und inhaltslose Inszenierung, um das medienwirksame Spektakel. Wir mussten außerdem erkennen, dass die Inhalte von Regierungsprogrammen einer zunehmenden Ökonomisierung unterlagen. Dieses neue ökonomische Denken der von uns gewählten politischen Repräsentanten entlarvte sich in Begrifflichkeiten wie Privatisierung, Liberalisierung, Dezentralisierung. Lean Government als Anlehnung an das betriebswirtschaftliche Konzept des Lean Managements. Der Staat als Konzern. Der Politiker als Unternehmer und Risikomanager, der Regierungschef als CEO. Der Wähler als Kunde. Ein möglichst konstant hohes Wirtschaftswachstum wurde seit den Neunzigerjahren nicht nur in Österreich zu dem zentralen politischen Ziel. Politisches Handeln erfolgte zunehmend nach Kennzahlen. So kam es, dass der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder schließlich im Jahr 2002 ironiefrei

behaupten konnte, dass der Erfolg seiner politischen Arbeit allein an der Entwicklung der Arbeitslosenrate zu bemessen sei.

Nein. Wir wuchsen nicht mehr mit einem Wettstreit politischer Ideen auf, sondern mit einem Wettstreit der besten Ideen zur unternehmerischen Selbstständigkeit. Wir wuchsen nicht mehr mit dem Ruf nach Frieden auf, sondern mit dem Ruf nach ökonomischer Teilhabe aller Bevölkerungsschichten (war dies das Pendant unserer Generation zum früheren Ruf nach mehr politischer Teilhabe?). Wir wuchsen mit der beruhigenden Gewissheit auf, dass Warteschlangen vor Geschäften fortan kein Zeichen von Mangel und Krise waren, sondern ein Zeichen von (billiger) Überschussproduktion, Sonderangeboten und Wohlstand.

Die "großen politischen Erzählungen"? Sie waren und sind aus dem Verantwortungsbereich der Politik (und aus dem Denken der Menschen) verschwunden. Das aus der Unternehmenspraxis bekannte "Outsourcing" von Entscheidungsgrundlagen und die "zugekauften" Beratungsleistungen hielten Einzug in die Politik - auch aufgrund der stets wachsenden Komplexität und Fragmentarisierung der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme. Vielfältige Expertenrunden und Kommissionen nahmen und nehmen Einfluss auf Gesetzesinitiativen, die Repräsentanten mächtiger Interessensgruppen dominierten in zunehmendem Maße die öffentlichen Debatten. Die Finanzmärkte gewannen an Bedeutung, die faktische Entscheidungsgewalt verlagerte sich mehr und mehr in internationale Gremien (Organe der Europäischen Union, WTO, IMF). Diese neuen Formen der Interaktion sogenannter "Global Player" entziehen sich jedoch zunehmend einer politischen Willensbildung und demokratischen Kontrolle. Sie bleiben unsichtbar und werden als gesellschaftliche Führungselite von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir unmittelbar vor der Abschaffung demokratischer Verhältnisse stehen. Die äußeren, formalen Merkmale einer Demokratie sind bis heute unangetastet: stabile Verfassungen, das allgemeine Bekenntnis zum Parlamentarismus, eine existente Parteienlandschaft und regelmäßige freie Wahlen. Die Demokratie bleibt also, von außen betrachtet, normativ intakt. Das institutionelle Gehäuse ist (vorerst) stabil, wie der Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch in seinem mittlerweile zum Klassiker gewordenen Werk "Postdemokratie" feststellt. Doch der Einfluss der Bürger auf politische Prozesse ist massiv in Gefahr.

Die "großen politischen Erzählungen" verschwinden aus dem Denken der Menschen und dem Verantwortungsbereich der politischen Eliten.

Der Mensch wird auf die Rolle des Konsumenten reduziert, der auf die Anreizstrukturen des Neoliberalismus adäquat zu reagieren hat. Wer kümmerte sich also um die Bedürfnisse und Träume unserer Generation? Darum kümmerten sich fortan in internationalen Business Schools ausgebildete Experts in Marketing- und Werbeagenturen. Dort und in Konzernen zielte man mit Hilfe der Erkenntnisse der Neurowissenschaften und der empirischen Verhaltensforschung auf die Bedürfnis- und Anreizstruktur des Einzelnen, der in dieser Welt nicht mehr nur als Person oder Bürger, sondern in erster Linie in seiner Rolle als Konsument betrachtet wurde. Zu erwerben war die Erfüllung unserer Sehnsüchte nicht mehr bei den Versprechungen politischer Parteien, sondern bei den Hervorbringungen der Konsumgüter-, Entertainment- und Wellnessindustrie. Utopien waren überflüssig geworden, die Geisteshaltung des Hier und Jetzt zählte, die totale Gegenwärtigkeit. Alles für mich!, Be vourself! und Live for the Moment! waren die Wahlsprüche unserer Generation. Wir lernten: Menschen sind steuer- und manipulierbare und lustgetriebene Wirtschaftssubjekte, stets bedacht auf den eigenen Nutzen. Eine drastische Folge: wirtschaftsliberales/ökonomisches Denken, Sprechen und Argumentieren ist nicht nur von den Eliten (aus Eigeninteresse und Kalkül), sondern bis heute auch von großen Teilen der Bevölkerung internalisiert worden. Dass sie damit aber auch den kurzfristigen Vorgaben und zufälligen - weil unsteten und ständig das "Neue", die Veränderung fordernden – Anforderungen des Wirtschaftslebens zustimmten, war wohl den Wenigstens klar. "Der flexible Mensch" (Richard Sennett), der sich nicht in einem festumrissenen Job jahrzehntelang lähmen will, sondern sich in einem "Netz an Möglichkeiten" bewegen will – endlich wurde er auch in den Köpfen der Menschen in Europa Realität.

Und welche Situation fanden wir schließlich an den Universitäten vor?

Für die nachschulische Ausbildung meiner Generation, von Bildung zu reden täte diesem Begriff Gewalt an, bedeutete das ein innerhalb weniger Jahren sprunghaft ansteigendes Angebot wirtschaftswissenschaftlicher Studienrichtungen – an Universitäten, an den dutzendfach neu gegründeten Fachhochschulen und schließlich in den zahlreichen privaten postgradualen Ausbildungseinrichtungen, bei denen mit den hohen Kursbeiträgen das Versprechen auf einen Karrieresprung praktischerweise gleich mitgekauft werden konnte.

Wer will sich heute noch an die Bedeutung und den Anspruch des Begriffs universitas erinnern, wenn die ökonomische Bewertung und Messbarkeit universitärer Leistungen immer vorrangiger wird und wenn die Methoden eines Fachbereichs (nämlich der Wirtschaftswissenschaften) als Grundlage für die Existenzberechtigung aller akademischen Studienrichtungen/Institute/Fakultäten herangezogen werden?

Ja, es ist (leider) so. Politische Debatten scheinen in meiner Generation mehr die Funktion eines geistigen/intellektuellen Zeitvertreibs, denn den Wunsch nach konkreter Veränderung/Umsetzbarkeit gehabt zu haben. Auch wenn die abnehmende Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Parteien und der Rückgang der Wahlbeteiligung wohl auch andere Generationen betreffen müssen. Das eigene Lebensprojekt (Wir als die Manager unseres je eigenen Lebens) war vielen von uns dann doch wichtiger als das Schielen auf gesamtgesellschaftliche Relevanz. Mit meiner Generation scheint sich, nach meiner Erfahrung, der Anspruch an die Politik fundamental gewandelt zu haben. Wir konnten in allen Lebenslagen aus einem vollen Angebot schöpfen. Wir sahen uns also auch in politischen Fragen nicht mehr (nur) als Bürger, sondern ganz selbstverständlich als Konsumenten, mit unseren je eigenen, individuellen Präferenzen. Doch genau diese individuellen Ansprüche, die die Konsumgüter- und Dienstleistungsindustrie mit ihren differenzierten und maßgeschneiderten Angeboten zufriedenstellen kann, vermag eine überschaubare Parteienlandschaft mit ihren (notwendigerweise) standardisierten politischen Angeboten natürlich niemals zu befriedigen. Also fühlen wir uns letztlich um unsere Ansprüche betrogen und wenden uns unzufrieden ab. Vielleicht mag die allerorts beklagte Politik- und/oder Parteienverdrossenheit auch in dieser egoistischen Geisteshaltung der Wählerschaft einen Grund haben.

Eines scheint festzustehen: Politik, wie wir Heranwachsenden sie nach dem Ende des kalten Krieges und der ideologischen Teilung Europas erlebten, war nicht einmal mehr – wie Günter Milly noch feststellen konnte – die Kunst des Möglichen, sondern nur noch die Kunst der gekonnten Inszenierung.

Vielleicht stimmt es ja doch: "Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral" (Bertolt Brecht in seiner "Dreigroschenoper"). Aber, so frage ich nicht nur meine Generation: Fressen wir nicht schon viel zu lange? Und worauf warten wir noch?

Politik ist nicht mehr die Kunst des Möglichen, sondern die Kunst der gekonnten Inszenierung.